

SCHLICHTEN STATT RICHTEN

PASCU MARIAN

Kann Schlichtung eine alternative an die heutige Streitkultur sein?

Kurze Historische Einleitung aus Sicht der Schlichtung in der Europäische Länder

Preußisches Modell

Als nach dem Wiener Kongress 1814/1815 die europäische Territorium neu geordnet wurden blieb die linksrheinischen deutschen Gebieten unten französischen Besatzung. Hier blieb das Institut des Friedensrichters bestehen, während daran anlehnen das Königreich Preußen (mit Ausnahme von Rheinpreußen) 1827 das Institut des Schiedsmanns einführt.

Dessen Ausgabe war es, dem Gang zu den Ordentlichen Gerichten (bei kleinen Privatrechtsstreitigkeiten und Injurien Sachen) eine Sühne Versuch zwischen den Streitenden Parteien zu unternehmen.

Dem Beispiel Preußens folgten andere deutschen Ländern, die Vergleichs- und Friedensrichter beriefen, so dass dieses Institut schließlich zunächst für Private Beleidigungen Eingang in die deutsche Straffprozessordnung von 1877 fand.

Die Länder Berlin, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig- Holstein, behalten das Preußische Modell, bei während die Ostdeutschen Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, und Thüringen, haben Schiedsstellen in den Gemeinden, sogar während der DDR Zeiten.

Als Vermerk, in Sachsen der Schlichter ist als Friedensrichter bekannt.

Englisches Modell

In England wurden die Friedens Gerichte (Justice of the peace) von König Eduard III. schon in 14. Jahrhundert eingeführt. Unter königliche Autorität fungierten sie als örtliche Organ der Selbstverwaltung und hatten den Gemeinen Frieden zu wahren. Die sind besetzt worden mit ehrenamtlich Tätigen Leuten, ohne juristische Ausbildung.

In Nordamerika und Australien gelangten die Friedensgerichte durch den englischen Auswanderer, wo sie noch heute Bestand haben.

Französischem Modell

Im Jahre 1790 sind in Frankreich die Friedensgerichte (Justice de paix) eingeführt worden.

Auch hier sind die Friedensrichter juristische Leuten. Die Volksnäher standen und allgemeines Ansehen genossen und die haben ein Über den Massen kulturelles Niveau. Als Besonderheit hatten die ihren Amtssitz gewöhnlich in ihrem Privathaus und sie fungierten auch als Polizeirichter bei Übertretungen und könnten auf Strafen bis zu 15 Franken oder fünf Tage Haft erkennen. Das Friedengericht wurde im Jahre 1958 durch das „Tribunal d'Instance“ (Amtsgericht) ersetzt.

Das Institut des Friedensgericht befindet sich auch in die zwei östliche Kantone Belgiens, im Luxemburg, und manche Schweizerischen Kantone. (Seit 1995 im Südtirol).

Allgemeine Anhaltspunkte des Deutsches Rechtssystem

Im Jahre 1877 wurde der Juristische System seine Einheit bringen. Den dass war bis jetzt keiner der deutsche Kaiser gelungen. Erreichung der Einheit ist nur möglich gewesen durch Verabschiedung des Reichjustizgesetzts. Unter diesen Titel wiederfinden sich alle im Jahre 1877 erlassene Gesetze mit im kraft treten am 1 Oktober 1878 und die beinhalten die Hauptrechts Verordnungen und Gesetze:

- Zivilprozessordnung (ZPO)
- Strafprozessordnung (StPO)
- Gerichtverfassungsgesetz (GVG)
- Konkursordnung (KO)

Diesen ergänzen sich mit Verordnungen wie Bundesrethanwaltsordnung (BRAO) Berufsrecht der Anwaltschaft, Gerichtkostengesetz (GKG) u.s.w.

Verordnungen bezüglich der Zivilprozessordnung sind beinhaltet in den o.g. ZPO, Ursprungsammlung der Verordnungen ist als „Mutter aller Prozessordnungen“ bekannt.

Aktuelle Bedürfnisse in politischem wirtschaftliche und soziale Hinsicht haben zu Veranlassung die Einführungsgesetz zur Zivilprozessordnung. (EGZPO).

Beginnen mit dem Jahre 1999 Deutschland bereitet die Einführung die Euro-Währung vor, Prozedur die sich Widerspiegelt durch Erlass verschiedenen Verordnungen verfolgständig mit Deutsche ZPO-Reform des Jahres 2002.

Von Interesse für unsere Thema, ist eigentlich Einführungsgesetz zur Zivilprozessordnung. (EGZPO). Anhand dessen der Gesetzgeber, regelt aktuelle Normen einschließlich Hauptpunkt dieser Disertation.

§ 15 EGZPO (BGBl 1999 S 2400 f) eröffnet den Ländern seit 01.01.2000 die Möglichkeit, in bestimmtem Nachbarrechtsstreitigkeiten, in Vermögensrechtliche Streitigkeiten bis zu einem Wert von € 750,00 sowie beim Anspruche wegen Verletzung der Persönlichen Ehre, ausserhalb von Presse und Rundfunk zwingend ein Güterverfahren vor zu sehen.

Obligatorischen Streitschlichtung als Massnahme vor dem Gerichtverfahren sind in 9 von 16 Bundesländer eingeführt worden. Diese sind Bayern, Baden-Württemberg, Brandenburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein

(Nota bene: Verfassungsrechtlich jede Bundesland ist eine unabhängige Parlamentarische Republik mit eigene Grundgesetz (parallel zu nationale Grundgesetz), eigene Regierung und Minister auf Landesebene, eigene Premierminister Vertretung beim Nationales Bund, eigene Gesetze für Bildung, Kultur usw.)

Unsere Dissertation behandelt diese Thema aus der Gesetzesansicht des Landes Baden-Württemberg.

Begriffbestimmung - Etymologische Ansichtspunkten

Sowohl von semantischer als auch juristischer Wirkung, muss eine klare Trennung der Begriffe, Konfliktesbearbeitung unterscheidet sich somit von den Verhandlung.

Als Grundprinzip, Konfliktbearbeitung Methode ist Verhandlung, gegenüberliegende Parteien versuchen meistens eine Einigung zu finden ohne Einfluss von dritten. Der Begriff „Verhandlung“ kommt zum Gebrauch auch wenn die Parteien

versuchen eine Einigung zu erreichen indem Sie von Rechtsanwälte unterstützt sind. Die Verhandlung, wohl bemerkt, kann Unzählige Ausgänge haben, währen den Verhandlung werden Bestimmten Techniken und Strategien um den Zweck zu erreichen (competitive negotiation strategy) aber als Grund meinen wir ein Zusammenarbeit und keine Streitige Handlung.

Der Mediation Begriff, benützt in englisch sprachigem Raum, beschreibt die Lage in dem eine Dritte Person - ohne Entscheidung Kompetenz bezüglich der Streit - hilft beim Lösung dessen.

Hauptziel der Schlichtung ist Erreichung einer Lösung, sogenannten „win-win solution“, der Gegensatz von „alles oder nichts“ in der Zivilprozess.

Nebenbei bemerkt, der begriff „Schlichtung“ hat sich verankert beim Familienrecht, in Scheidungsfälle, vorrangig.

„Schiedsverfahren“ bezeichnet der Verfahren anhand dessen Wirtschaftlichen/Kommerziellen Auseinandersetzungen geregelt werden.

Allgemeine Grundzüge des Gesetzes

Streitschlichtungsgesetz wurde am 28.06.2000 erlassen worden mit inkrafttreten am 01.10.2000 veröffentlicht in das Gesetzblatt Baden-Württemberg 2000 S. 470 ff.

Aus Ansicht der Gesetzgeber, durch Schlichtungsverfahrenpflicht kann ein Zivilprozess vermeiden werden, hipotetisch besteht immer die Möglichkeit einer einvernämliches Einverständnis zu erreichen, kann sogar dazu führen dass eine größere Akzeptanz erzielt wird gegenüber einer Richterlichen Urteil.

Obligatorische schlichtung ist betrachtet als eine entlastung der Justiz, geringere Kosten und nicht nur.

In der Vorwort des Justizministerium Baden-Württemberg Broschüre (Pressestelle)aus dem Jahre 2004, der Landes Justizminister Hr. Prof. Dr. Ulrich Goll erklärte: „Was in den Vereinigten Staaten von Amerika und bei unseren europäischen Nachbarn in den Niederlanden heute schon selbstverständlich ist, sollte auch bei uns zum Normalfall werden. Auf diese Weise werden nicht nur der Rechtsfrieden, sondern auch das eigenverantwortliche Handeln unserer Bürgerinnen und Bürger gestärkt.

Nota bene : Bürgerliche Verantwortungsname als Angajament in Verhandlungen entspricht der Japanische Modell in sinne der Schlichtungsverfahren

Bezüglich unsere Thema, bestützen wir auf amerikanisches Modell gegenüber Schlichtungsmethoden jede Art.

Vereinigten Staaten der 80- ziger, der Wartezeit eine Zivilprozesstermin in Kalifornien, reichte bis zur 4 Jahre. (Nota bene: Zeitgleich bzw. Mai 1983, der Kanzler Helmut Kohl bei sein erste Regierungserklärung, plädiert für die Notwendigkeit einer Schlichtung vor der erster Instanz.

In der Jahre 1976 in Saint Paul Minnesota wird die *Conference on the Causes of Popular Dissatisfaction with the Administration of Justice Pound Conference*) in Leben gerufen. Die so gennante *Pound Conferince*

Zufällig oder nicht, zwei Jahre später Herr Ernst Bender, - Präsident des Oberstengericht Deutschlands - zeichnet ein Defizit bzgl. Persönliche Einbringung der Parteien im Streitfälle.

Verfahren in Sinne des Streitschlichtungsgesetz

Formale Bedingungen

Das Verfahren ist obligatorisch (mit gesetzliche Ausnahmen) nur wenn die Parteien ihren Wohnsitz, ihren Sitz oder Niederlassung hat in der Zuständigkeit der selber Amtsgericht.

Seine Regelungen beschränken sich auf drei Kernbereiche:

1. Person des Schlichters
2. Gestaltungs- des Schlichtungsverfahrens
3. Aufgabenverteilung innerhalb der Gütestellen

Die Schlichtung wird in Baden-Württemberg durch Anwälte durchgeführt. Laut § 3 Abs. 2 des Gesetzes müssen die Amtsgerichten eine Schlichtungspersonenliste sowie eine Gütestelleliste zur Verfügung stellen.

2. Laut § 1 findet Anwendung unter folgenden Bedingungen:

- in vermögensrechtlichen Streitigkeiten vor dem Amtsgericht über Ansprüche, deren Gegenstand an Geld oder Geldeswert die Summe von 750 Euro nicht übersteigt,
- in Streitigkeiten über Ansprüche aus dem Nachbarrecht nach den § 906 des Bürgerlichen Gesetzbuchs
- Überwuchses nach § 919 BGB, Hinübehrfalls nach § 911 BGB, eines Grenzbaumes nach § 923 BGB
- Der in Nachbarrechtsgesetz geregelten Nachbarrechte, sofern es sich nicht um Einwirkungen von einem Gewerblichen Betrieb handelt.(Nota bene: Deutschland verfügt über Vorschriften bzw. Verordnungen (Nachbarschaftsgesetz) ergänzend zur ZPO. Der Land Baden-Württemberg hat als erster Bundesland ein Nachbarschaftsgesetz erlassen am 14.12.1959)
- In Streitigkeiten über Anspruche wegen Verletzungen der Persönlichen Ehre, die nicht in Presse oder Rundfunk begangen worden sind.

Die Aufgabenbereich der Gütestellen beinhaltet Regeln bzgl. Zusammensetzung, Personal und deren Aufgabe wie folgt:

Urkundsbeamten haben folgende Ausgaben:

- die Entgegennahme des Schriftliches Antrags;
- die Bestimmung des Schlichtungsperson;
- die Mitteilung an die Schlichtungsperson der nach eine bestimmte Verfahren ausgewählt wurde
- leitet weiter der Antrag sowie die Bearbeitungsdatum
- die Aufbewahrung des Protokolls

Die übrige Aufgaben der Gütestelle werden von der Schlichtungsperson wahrgenommen wie folgt:

- die Übersendung des Antrags an die Gegenpartei
- die Ladung der Parteien zur Schlichtungsverhandlung in die Kanzleiraume der Schlichtungsperson oder an einen von ihr zu bestimmenden Ort
- die Durchführung der Schlichtungsverhandlung und des Einigungsversuchs
- die Protokollierung einer Vereinbarung
- die Ausstellung einer Bescheinigung über einen erfolglosen Einigungsversuch bei dessen Scheitern während ein Frist von 3 Monaten

Pascu Marian

81

Rahmen und Formen des Antrags:

- laut § 5 das Schlichtungsverfahren wird auf Antrag einer Partei eingeleitet. Der Antrag kann bei der Gütestelle schriftlich eingereicht oder mündlich zu Protokoll der Gütestelle gegeben werden.

- Der Antrag muss den Namen und die Ladungsfähige Anschrift der Parteien, eine kurze Darstellung der Streitsache, jetzige Stand, des Begehrens enthalten und von den Antragstellenden Partei oder ihren Bevollmächtigten unterschrieben sein.